



Alternative – die Grünen

Andreas Lustenberger, Kantonsrat

andi.lustenberger@gmail.com

076 523 80 38

ALTERNATIVE – DIE GRÜNEN ZUG

pf 4806 6304 zug t 041 711 99 09 info@alternative-zug.ch www.alternative-zug.ch

Interpellation von Andreas Lustenberger

Lieferkettenverantwortung durch in Zug ansässige Rohstoffunternehmen und deren Tochtergesellschaften wie etwa die BASF Metals GmbH.

Der schweizerischen Handelsstatistik ist zu entnehmen, dass die Importe von Platin wertmässig mit Abstand den grössten Anteil der Importe aus Südafrika in die Schweiz ausmachen: Zwischen 2000 und 2012 schwankt dieser Anteil zwischen 59.4% und 87.4% mit einem Wert von zwischen 0.3 bis 1,5 Milliarden Franken pro Jahr.

In Südafrika lagern rund 80% des weltweiten Platin-Vorkommens. Das wichtigste Verwendungsgebiet dieses wertvollen Metalls ist der Einsatz bei der Herstellung von Katalysatoren. Die Minen-Arbeiterinnen und Minen-Arbeiter in Südafrika, die diese Platin-Metalle aus dem Boden schürfen, leben mehrheitlich unter miserablen Bedingungen in informellen Siedlungen, in Wellblechhütten-Slums, ohne Strom, ohne fliessend Wasser und ohne Kanalisation. Der Lohn für die schwere Arbeit bei Extrembedingungen unter Tage reicht nur knapp zum Überleben.

Als im August 2012 Minenarbeiter für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in der Platin-Mine von Marikana, nördlich von Johannesburg, streikten, wurden 34 von ihnen von der Polizei erschossen, als sie bereits im Begriff waren den Streik zu beenden. Der Minenbetreiber Lonmin hatte Gespräche mit den Arbeitern verweigert und stattdessen auf die gewaltsame Unterdrückung des Streiks gesetzt.

Der deutsche Chemiekonzern BASF, weltweit größter Katalysatorenhersteller, ist ein Hauptkunde von Lonmin. In Zug unterhält der deutsche Chemiekonzern BASF mit dem Tochterunternehmen BASF Metals GmbH eine Handelsniederlassung. Diese ist seit 2006 im kantonalen Handelsregister eingetragen. BASF verpflichtet sich in seinem *code of conduct* zu „Lieferkettenverantwortung“: Auch seine Lieferbetriebe müssten demnach menschen- und arbeitsrechtliche Standards einhalten.

Dies wurde vom südafrikanischen Bischof Jo Seoka als Vertreter der Minenarbeiter von Marikana bei der letzten BASF-Aktionärsversammlung im April 2015 thematisiert. Seoka forderte BASF auf, Entschädigungszahlungen an die Opfer des Massakers zu leisten sowie strukturell und langfristig zur Verbesserung der Infrastruktur der Wohnsiedlungen von Minen-ArbeiterInnen beizutragen. BASF nahm damals die Haltung ein, dass dem Konzern die Hände gebunden seien, solange der Schlussbericht der von der südafrikanischen Regierung in Auftrag gegebenen Marikana-Untersuchungskommission nicht vorliege. Dieser Bericht wurde im Sommer 2015 veröffentlicht. In ihm wird Lonmin als mitverantwortlich am Massaker und den miserablen Lebens- und Arbeitsbedingungen der ArbeiterInnen bezeichnet. Deshalb wird Bischof Seoka die Forderung auf Entschädigungszahlungen Ende April an der diesjährigen Aktionärsversammlung erneut vortragen.



Mit der Niederlassung der BASF Metals GmbH sind auch die Schweiz und der Kanton Zug in die Geschäfte mit Platin verwickelt, das unter menschenunwürdigen Bedingungen abgebaut wird und in jüngster Vergangenheit mit dem Massaker von Marikana 34 Menschenleben kostete.

Aus dieser Faktenlage ergeben sich für mich folgende Fragen. Ich bitte den Regierungsrat, sie zu beantworten.

1. Der offizielle Schlussbericht der Marikana - Untersuchungskommission sieht Lonmin als Mitverantwortlich für den Tod von 34 Minenarbeitern. Was ist die Haltung des Regierungsrates, dass mit der BASF Metals GmbH der Hauptkunde dieser Mine im Kanton Zug eingetragen ist?
2. Wie gross ist der finanzielle Wert des aus Südafrika in die Schweiz importierten Platins? Wie hoch ist der Anteil, der über die BASF Metals GmbH gehandelt wird?
3. Wie gedenkt der Kanton Zug auf die Tatsache zu reagieren, dass ein Unternehmen im Handelsregister des Kantons eingetragen ist, welches sich zwar in seinen Unternehmensrichtlinien zur Einhaltung der Menschenrechte in der gesamten Lieferkette verpflichtet, im konkreten Fall aber nicht reagiert, auch wenn einer seiner Geschäftspartner eine durch einen offiziellen Untersuchungsbericht attestierte Mitverantwortung an der Ermordung von 34 Mitarbeitern trägt?
4. Wie gedenkt der Regierungsrat möglichen Reputationsschäden für den Kanton Zug, die durch das genannte Unternehmen, aber auch durch weitere international tätige Rohstoffunternehmen entstehen, zu begegnen und vorzubeugen?
5. Der vom Bund im März 2013 veröffentlichte «Grundlagenbericht Rohstoffe» empfiehlt unter anderem, dass sich die Schweiz für einheitliche internationale Transparenzvorschriften einsetzen soll. Diese Massnahme sollte mittels Vernehmlassungsvorlage geprüft werden. Was hält der Regierungsrat von internationalen Transparenzvorschriften und wurde er diesbezüglich seitens des Bundes kontaktiert?
6. Eine nationale Initiative (Konzernverantwortungsinitiative) verlangt, dass in der Schweiz niedergelassene Firmen den Schutz von Menschenrechten und der Umwelt verbindlich in sämtliche Geschäftsabläufe einbauen. Was für Chancen erkennt der Regierungsrat in dieser Initiative?

Besten Dank für die Beantwortung
Freundliche Grüsse

Andreas Lustenberger
Kantonsrat